



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 6./7. November 2018

Die November-Session fand in gekürzter Form statt. Bereits im Vorfeld wurde der dritte Sessionstag aufgrund von verhältnismässig wenigen Geschäften gestrichen. Im Nachhinein hätte man diesen dritten Tag jedoch noch gut füllen können. Von den traktandierten 34 Geschäften konnten in den beiden Tagen nur deren 21 erledigt werden.

Inhaltlich ging es vor allem um diverse Vorstösse (Interpellationen und Aufträge) zu allen möglichen Themen. Eine davon war die Interpellation **«Unregelmässigkeiten bei der Verwendung der Solidaritätsbeiträge»**. Diese wurde bereits in der Juni-Session lanciert und war seitdem fast permanent in der Presse. Nun wurde sie endlich auch im Kantonsrat debattiert. Wie erwartet holte die SVP hierbei zum Rundumschlag aus. Alle anderen Parteien sahen die Situation nicht ganz so dramatisch. Die Sache als einen Skandal zu bezeichnen, wäre übertrieben. Dass aber nicht alles ganz rund gelaufen ist (insbesondere in der Aufarbeitung und der Kommunikation), da war man sich mehrheitlich einig.

Intensiv diskutiert wurde auch über **«Passepartout»**. Die an der Volksschule angewandten Französisch-Lehrmittel sind seit Jahren umstritten und führen immer wieder zu Diskussionen. Mein Vorgänger, René Steiner, hatte sich in seiner Amtszeit auch öfter zu diesen Lehrmitteln geäussert und so dazu beigetragen, dass das Thema auf dem Tisch ist. Nun wollte eine Interpellation hier Klarheit vom Regierungsrat, wie er die Lage einschätzt und das weitere Vorgehen sieht. Inzwischen haben die meisten Parteien langsam genug von dieser Baustelle und wollen Lösungen. Der Regierungsrat stuft die Lage allerdings als nicht ganz so akut ein. So will er vorderhand keine (weiteren) Massnahmen einleiten. Sicher ist somit: Hier ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen.

Diskutiert wurde über eine **Anpassung der Zustellungsregelung im kantonalen Verfahrensrecht**. Das hat zur Folge, dass Verfügungen im Bereich der Steuern nicht mehr mit A-PostPlus, sondern zukünftig eingeschrieben erfolgen sollen – Kostenfolge rund 130'000 Franken. Ich war und bin der Meinung, dass diese Mehrkosten im Vergleich zum Nutzen nicht gerechtfertigt sind. Bei 36 Nein-Stimmen (zu 51) war ich aber in der Minderheit.

In Kürze

9.-Klass-Schüler, welche an die Kanti gehen, erhalten heute keine **Kostenanteile bei ÖV-Abos**. Dies ist eine Ungleichbehandlung, wurde nun aber (mit meiner Stimme) korrigiert. Ein eingereicherter Volksauftrag, welcher den **Langsamverkehr in der kantonalen Verfassung** verankern wollte, wurde mit 60 zu 30 Stimmen abgelehnt. Hier war ich mit meiner Zustimmung in der Minderheit. Ein Auftrag zur **Kürzung der Sozialhilfeleistungen für vorläufig Aufgenommene** wurde mit 67 (inkl. mir) zu 27 Stimmen abgelehnt. Weitere Themen waren unter anderem **«Lehrstellen statt Praktika»** und **«Elektromobile und Schnellladestationen»**.

Die nächste Session findet am 11./12./19. Dezember 2018 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Bereits zum zweiten Mal traktandiert war meine Interpellation **«Schuldenberatung»**. Diese kam aber just nicht mehr an die Reihe und wird somit ein weiteres Mal verschoben. Ob sie in der Dezember-Session dann kommen wird, ist fraglich, da dann primär das Budget 2019 diskutiert wird. Somit könnte es sein, dass mein Vorstoss noch bis Januar 2019 vorangeschoben wird.

Aktuell schreibt der Kanton jährlich 16 Mio. Franken Steuerschulden ab. Mit einem verbesserten Angebot in der Schuldenberatung könnten diese Ausfälle teilweise verhindert werden.

Neu eingereicht habe ich eine Interpellation zum Thema **«Schulstress und Alternativen zur Volksschule»**. Basis dazu ist eine Studie der WHO, gemäss derer rund ein Drittel der Kinder im Schulalter Stresssymptome aufweisen. Betroffene Eltern suchen nach Lösungen um diese für Kind und Familie belastende Situation lindern zu können. Alternative Schulformen könnten eine davon sein. Diese sind allerdings im Kanton Solothurn bisher sehr rar, weshalb faktisch keine Wahlmöglichkeiten in der Schulbildung vorhanden sind.

Die ganze Interpellation sowie weitere Informationen können auf meiner Webseite abgerufen werden.